

BUND, Ulrich Mohr, Gartenstraße 21, 76879 Hochstadt

Frau  
Ulrike Höfken  
Ministerin f. Umwelt, Landwirtschaft etc . . .  
Kaiser-Friedrich-Str. 1  
**55116 Mainz**

29. Juni 2011

**Grundwasserproblematik durch landwirtschaftliche Beregnung in der Südpfalz;  
hier: Fragen zum geplanten Vorgehen nach Erstellung eines weiteren Gutach-  
tens.**

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Höfken,

zunächst noch herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Ernennung zur rheinland-pfälzischen Umweltministerin! Wir in der BUND-Kreisgruppe Südpfalz wünschen Ihnen für Ihr wichtiges Amt viel Kraft, viele Erfolgserlebnisse und immer eine glückliche Hand.

Auslöser dieses Schreibens ist ein erst jüngst bekannt gewordenes Gutachten unter dem Titel „Nachhaltige landwirtschaftliche Bewässerung in der Südpfalz - vertiefende Untersuchungen für den Raum Hochstadt und in den Flächen der Tabakkonversion“. Das Gutachten ist eine schon für das vergangene Jahr angekündigte Weiterentwicklung eines im Jahr 2009 vorgestellten Gutachtens „Konzeptionelle wasserwirtschaftliche Abschätzung zur landwirtschaftlichen Beregnung in der Südpfalz“.

Dass es zur Ausarbeitung dieser Untersuchungen kam, ist sicherlich zu einem erheblichen Teil auf die Jahre sich hinziehende Öffentlichkeitsarbeit des BUND zurückzuführen.

Zum Ertrag unserer Bemühungen gehört ein an den BUND Südpfalz gerichtetes Schreiben des damals zuständigen Landwirtschaftsministers Hendrik Hering vom 31. Juli 2009; dort heißt es u. a. *Die Landesregierung ist bereit, Investitionen in eine nachhaltige und umweltverträgliche Beregnung in der Südpfalz finanziell zu unterstützen. Als Bestandteil des Programms Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung (PAUL) können entsprechende Maßnahmen von der EU kofinanziert werden. Voraussetzung für einen Ausbau der Beregnung ist dabei für die Landesregierung, dass die landwirtschaftliche Beregnung in der Südpfalz künftig in der Verantwortung von Wasser- und Bodenverbänden liegt, so wie es in der Vorderpfalz bereits erfolgreich praktiziert wird.*

Im weiteren Verlauf hatte ich Gelegenheit, am 1. Oktober 2009 an einer öffentlichen Sitzung des rheinland-pfälzischen Agrarausschusses teilzunehmen. Unter Tagesordnungspunkt 12 dieser Sitzung heißt es im Sitzungsprotokoll *Aus Sicht der Landesregierung sei es eine unverzichtbare Voraussetzung für eine dauerhaft tragfähige Lösung, die landwirtschaftlichen und wasserrechtlichen Anforderungen ebenso wie die Anforderungen des Naturschutzes zu berücksichtigen. Im Gegenzug sei das Land bereit, den Ausbau der erforderlichen Infrastruktur mit den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe und über das Entwicklungsprogramm PAUL zu fördern.*

Darüber hinaus erinnere ich mich an die Aussage des Ministers in derselben Sitzung, dass der Ausbau einer südpfälzischen zentralen Beregnungsinfrastruktur längst nicht so lange auf sich warten lassen werde wie vor Jahren die Erstellung der vorderpfälzischen Beregnung.

Im Übrigen wollte der Minister für Aussagen über Kosten und zeitliche Abläufe erst das nun endlich veröffentlichte Gutachten abwarten. Vor dem Hintergrund dieser Aussage Ihres Vorgängers im Amt des Agrarministers möchte ich um Beantwortung etwa folgender Fragen bitten:

1. Welche Entwicklung soll das Vorhaben der Vorgängerregierung einer zentralen Feldberegnung in der Südpfalz nun weiter nehmen? Wird es bei der in Aussicht gestellten relativ **zügigen Umsetzung** bleiben?
2. Welche der beiden von dem Gutachten alternativ vorgeschlagenen zentralen Wassergewinnungsmethoden zieht das Umwelt- und Agrarministerium unter dem übergeordneter Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit vor? Neigt Ihr Ministerium eher zu einer Entnahme aus **Brunnengalerien** westlich und östlich von Hochstadt oder bevorzugt man die Entnahme von **Rheinwasser** (als Uferfiltrat oder Flusswasser)?
3. Welches bei einer Gesamtschau sichtbar werdende **wasserwirtschaftliche Konfliktpotenzial** sieht Ihre Fachabteilung zwischen der in Erwägung gezogenen o. b. Brunnengalerie westlich Hochstadt einerseits mit der andererseits drohenden exorbitanten Wasserentnahme für eine in der Ortsgemeinde Offenbach / Queich kommunalpolitisch gewollten **Mineralwasserfabrik**? Dem Vernehmen nach sollen dort täglich 300 bis 400 LKW-Ladungen eine projektierte Produktionshalle mit einer Grundfläche von 15 Hektar verlassen. Wie zu hören ist, geht es um eine jährliche Entnahme von 1,5 Millionen Kubikmeter Trinkwasser aus einer Tiefe von 150 bis 200 Metern.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich muss nicht eigens betonen, dass für uns auch eine zentralisierte Beregnung für einen vollständig industrialisierten Gemüseanbau mit Sicherheit nicht die Lösung aller Probleme darstellt. Dies gilt in ganz besonderem Maße für die Entnahme von Grundwasser. Unser landwirtschaftliches Leitbild sieht deutlich anders aus. Dennoch sind wir sehr interessiert an einer zeitnahen Beantwortung unserer Fragen, wofür wir schon jetzt danken.

Mit freundlichen Grüßen

(Ulrich Mohr)